

Integration von Flüchtlingen vor Ort

Teil 1: Zwei Kommunen im Kreis Warendorf: Beckum und Everswinkel



Integration von geflüchteten Menschen entscheidet sich vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Hier treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Verein zusammen. In dieser und der nächsten Ausgabe des G.I.B.-Infos gehen wir der Frage nach: Wie unterscheiden sich die Voraussetzungen und Strategien zur Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung in einem Landkreis im Vergleich zu großstädtisch geprägten Regionen? Wir starten unsere kleine Serie im Kreis Warendorf im Münsterland. Im G.I.B.-Info 4_16 stellen wir die Städte Wuppertal, Solingen und Mülheim a. d. Ruhr vor.

Landkreise sind als Träger von Ausländer- und Sozialbehörden, von Jugendämtern, Jobcentern, Volkshochschulen sowie beim Übergang von der Schule in den Beruf in vielen Bereichen verantwortlich, in denen die Weichen für eine gelingende Integration von Migrant*innen in Arbeit und Ausbildung gestellt werden. Sie organisieren und koordinieren kreisweite Netzwerke und beziehen die Gemeinden, die regionale Wirtschaft, freie Träger, Vereine, die Kirchen und insbesondere auch die Migrant*innenorganisationen ein. Die Volkshochschulen sind im ländlichen Raum die wichtigsten Anbieter der bundesfinanzierten Integrationskurse, ergänzt durch eigene Sprachkurse und weitere Fortbildungsangebote der Landkreise. Die Stadt Beckum und die Gemeinde Everswinkel

im Kreis Warendorf zeigen beispielhaft, wie Integration vor Ort praktiziert wird und welche Chancen, aber auch Probleme dabei auftreten.

An Integration, erst recht an berufliche Integration, war damals gar nicht zu denken. „Die Zeit war einfach nicht da und die persönliche Not der Menschen groß“, berichten Martin May-Neitemann vom Fachdienst Soziale Dienste und Herbert Essmeier, Leiter des Fachbereichs Jugend und Soziales bei der Stadt Beckum, im Rückblick. Damals, das war vor ungefähr einem Jahr. Innerhalb weniger Monate kamen ca. 600 Flüchtlinge nach Beckum, damit versechsfachte sich ihre Zahl binnen kürzester Zeit. Für die Gemeinde eine gewaltige Herausforderung: „Anfangs

ging es nur darum, die Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Das war unsere Hauptaufgabe.“

Um Ghetto-Bildungen zu vermeiden, wurden die Flüchtlinge möglichst dezentral untergebracht, in leer stehenden Firmengebäuden zum Beispiel, und auch nicht hermetisch getrennt nach Familien und Alleinstehenden. Parallel dazu galt es, ihnen möglichst rasch einen Termin beim BAMF zu vermitteln, „damit sie Rechtssicherheit hinsichtlich ihres Status erhalten.“

Mittlerweile hat sich die Lage entspannt. Unproblematisch ist sie dennoch nicht. So hatten sich die ersten vom Fachdienst durchgeführten Integrationskurse im Weiterbildungswerk Münsterland e. V. und in

Herbert Essmeier, Leiter des
Fachbereichs Jugend und
Soziales bei der Stadt Beckum



Martin May-Neitemann,
Fachdienst Soziale Dienste
bei der Stadt Beckum

der VHS als unzureichend erwiesen. Die Gemeinde reagierte sofort, erhöhte die Zahl der Stunden wie auch die des Personals. Ein Problem aber blieb: „Fast alle Fördermöglichkeiten sind ausschließlich auf Personen mit Bleibereichtsperspektive ausgerichtet“, kritisiert Herbert Essmeier. Nach seiner Auffassung „greift das zu kurz“, denn die Gruppe der Flüchtlinge besteht nur zu einem Drittel aus Syrern, andere kommen aus dem Irak, aus Eritrea oder aus sicheren Herkunftsländern. „Asylanträge von Menschen aus als sicher eingestuften Herkunftsstaaten werden in der Regel abgelehnt, sofern nicht besondere Umstände dagegen sprechen. In der Praxis bleiben viele von ihnen bei uns. Es wäre verantwortungslos, sie monate- oder sogar jahrelang unbeachtet zu lassen. Wenn sie hier leben, müssen wir sie auch in irgendeiner Form integrieren.“ Gerade mit Blick auf die Residenzpflicht für Flüchtlinge muss Integration nach seiner Meinung „vor Ort“ erfolgen.

Als vorteilhaft erweist sich bei diesen Bemühungen, dass Beckum schon lange – „als zweite Stadt im Kreis“ – über einen Integrationsrat verfügt, der eng mit der örtlichen Kommunalpolitik verbunden ist. Äußerst nützlich auch die seit sieben Jahren existierenden Integrationslotsen, die in den Flüchtlingsheimen ihre Unterstützung offerieren. Last, not least die Arbeit der Ehrenamtlichen. Sie haben, koordiniert vom Fachdienst, „Orte und Tage der Begegnung“ geschaffen sowie – parallel zu den gesetzlichen Formen für minderjährige Flüchtlinge – ehrenamtliche Patenschaften organisiert.

Doch trotz intensiver Eigenbemühungen und trotz bürgerschaftlichen Engagements war schnell klar: Die Ressourcen der öf-

fentlichen Hand reichen zur Bewältigung der Integrationsaufgaben nicht aus. Um zumindest die sprachliche Grundversorgung für alle Flüchtlinge sicherzustellen, rief die Gemeinde alle Einwohnerinnen und Einwohner zu Spenden auf – mit Erfolg. Mittlerweile nehmen fast alle Flüchtlinge an Sprachkursen in den unterschiedlichsten Varianten teil, sowohl an öffentlichen wie auch an privat organisierten. Beispielfähig in den Augen von Martin May-Neitemann ist ein über Spenden finanziertes Projekt zur Sprachförderung im Mütterzentrum des Mehrgenerationenhauses, das sich an syrische Studenten richtet, die über die Voraussetzungen für die Aufnahme eines Studiums in Deutschland verfügen. Eine Investition, die sich offensichtlich lohnt, denn mittlerweile führen die einst Geförderten ihrerseits ehrenamtliche Sprachkurse für ihre eigenen Landsleute durch.

Doch die Herausforderungen im Handlungsfeld „Sprache“ bleiben groß: „Anders als mit den Zugewanderten in den 1990er Jahren haben wir mit den Flüchtlingen keine homogene Gruppe mit einer gewissen Sprachkompetenz, sondern Menschen aus mehr als 40 Nationen, von denen nicht wenige auch Analphabeten sind.“ Sprachliche Förderung bleibt also Thema, auch aus einem anderen Grund: „So bekommen die Menschen eine Tagesstruktur und sind ‚beschäftigt‘, statt den ganzen Tag im Übergangsheim Däumchen zu drehen.“

Datenaustausch und Transparenz

So wichtig Sprache auch ist, sie allein reicht für eine Integration nicht aus: „Man muss den Menschen auch berufliche Perspektiven bieten.“ Das ist in Beckum umso wichtiger, als die Stadt keine Erstaufnahmeeinrichtung hat, der Zuzug der Flüchtlinge also

über Zuweisungen erfolgt, was bedeutet, dass die Menschen längerfristig hier wohnen bleiben. „Wenn wir sie aber in Richtung Arbeitsmarkt fördern wollen, müssen wir präventiv agieren und möglichst viel über sie wissen, um auf dieser Datenbasis passende Fördermaßnahmen zu entwickeln.“

Längst hat die Gemeinde Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen und ein vorbildliches System der Erfassung und Auswertung selbst erhobener Daten geschaffen. Anders als in vielen Kommunen üblich, werden die Daten nicht über Ehrenamtliche in Übergangsheimen und auch nicht über den Leistungs-Sachbearbeiter erfasst, sondern durch eine zusätzlich eingerichtete Stelle.

Gleich bei der Erstaufnahme werden hier neben persönlichen Daten zu Alter und Herkunft auch Angaben zu sprachlichen Fähigkeiten, zur Schulbildung und zu beruflichen Abschlüssen notiert und in einer Datenbank abgelegt. Ergänzt wird das Datenmaterial später um Informationen, die Sachbearbeiter, Sozialarbeiter oder Ehrenamtliche im weiteren Zeitverlauf in persönlichen Gesprächen und im Umgang mit den Flüchtlingen erfahren haben und – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – an die Kommune weiterleiten. Dazu zählen auch Hinweise auf die Entwicklung der sprachlichen Kompetenz, den Lernwillen und die Motivation.

Die intensive Datenerfassung hat einen klaren, nachvollziehbaren Zweck: „Detaillierte arbeitsrelevante Angaben ermöglichen uns, passgenaue Fördermaßnahmen zu entwickeln und dem Integration Point (IP) geeignete Flüchtlinge zuzuweisen.“ Mitgeliefert werden zugleich – wiederum unter Berücksichtigung des Datenschutzes – alle relevanten Informationen.



„Doch leider“, so Martin May-Neitemann, „ist es ein einseitiger Datenfluss.“ Seine Kritik: „Obwohl die Bundesagentur für Arbeit die Einrichtung der Integration Points davon abhängig gemacht, dass die Kommunen individuelle Daten der Flüchtlinge liefern und wir uns im Vorfeld auf einen gegenseitigen Austausch der Daten geeinigt haben, bekommen wir umgekehrt nur schwer die von der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter erforderlichen Daten. Das ist das allergrößte Problem, und zwar unser Problem, denn wir müssen wissen, wie mit den Flüchtlingen weiter gearbeitet wird. Weil das nicht der Fall ist, kommt es vor, dass wir einem Flüchtling während des Leistungsbezugs eine Arbeitsgelegenheiten anbieten, aber erst dann die Rückmeldung bekommen, dass er sie nicht antreten kann, weil er zurzeit an einer Maßnahme der BA teilnimmt.“

Ohne die Bedeutung der Arbeitsagentur in Frage zu stellen oder Förderangebote wie KompAS, Förderzentrum Perspektive für Flüchtlinge, Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk oder Maßnahmen nach § 45 SGB III gering zu schätzen: Manche Aktivitäten des IP sind in den Augen von Martin May-Neitemann „nicht zielführend“: „Sicher ist es sinnvoll, wenn Flüchtlinge zusätzliche Sprachförderung erhalten oder auch zertifizierte Bildungsmaßnahmen von Trägern einzukaufen, aber nur schnell gestrickte Maßnahmen und Projekte durchzuführen, wird erfolglos sein. Wir dürfen die Flüchtlinge nicht nur zwischenparken, sondern müssen ihnen auch Praktikumsplätze anbieten und möglichst rasch die Arbeitsaufnahme ermöglichen.“

Die Ursache für die unzureichende Förderung sieht er in der geografischen und personellen Distanz der BA zu den Flüchtlingen: „In einigen Städten ist der IP eine

zentrale Einrichtung am Sitz der Agentur, aber manche Kommune ist 100 km davon entfernt. Wie sollen Flüchtlinge dorthin kommen? Beispielhaft für den Bereich der Agentur Münster/Ahlen schickt der IP alle 14 Tage zwei Personen zu uns, um fünf-stündige Beratungsgespräche zu führen. Für alle Flüchtlinge im gesamten Kreis stellt die BA gerade mal drei Personen zur Verfügung. Bei den Jobcentern sieht es nicht besser aus. An dieser Stelle gibt es sicherlich noch Handlungsbedarf“ „Aber auch die Arbeitsagentur“, räumt Martin May-Neitemann ein, „ist von der Situation überrollt worden. Wir wünschen uns ein viel engmaschigeres Beratungsnetz.“

Zu fragen sei auch, so Martin May-Neitemann, wohin Beratung führe, denn: „Es hat keinen Sinn, Hoffnungen zu wecken und später nichts anbieten zu können. Es gibt durchaus Flüchtlinge, die einen Arbeitsplatz finden, aber wegen der Vorrangigkeitsprüfung keine Arbeitserlaubnis bekommen, obwohl Arbeitgeber einen erhöhten Bedarf melden. Mal mangelt es also an Angeboten für die Flüchtlinge, mal an der Arbeitserlaubnis. Für die Flüchtlinge ist das demotivierend und zudem abträglich für unsere Zusammenarbeit mit den Unternehmen.“ Aus seiner Mitarbeit im Städte- und Gemeindebund weiß Herbert Essmeier, dass die Situation im Kreis in dieser Hinsicht keine singuläre Erscheinung ist, sondern dass er seine Kritik mit vielen anderen Städten und Gemeinden teilt.

Kooperation „Kommune und Wirtschaft“

Kurzum: Herbert Essmeier und Martin May-Neitemann mahnen eine engere Zusammenarbeit mit der Kommune an. Aus gutem Grund: „Letztlich sind wir in der

Verantwortung für die Flüchtlinge, unabhängig davon, ob sie von uns betreut werden oder vom Rechtskreis SGB II. Die Verantwortung, sie auf Dauer zu integrieren, liegt bei uns.“

Dabei ist die Integration in den Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung und hier ist die Kommune nach Ansicht von Martin May-Neitemann ein kompetenter Akteur. Noch zu Zeiten der Trennung wurde von Sozialamt und Arbeitsverwaltung bereits ein kommunaler Arbeitgeberservice mit Arbeitsvermittlern und Stellenakquisiteuren installiert. „Das bot sich an, weil wir über unseren Fachdienst, aber auch über andere Einrichtungen und Netzwerke der Kommune über enge, regelmäßige und teils institutionalisierte Kontakte zu örtlichen Arbeitgebern, Arbeitgeberverbänden und Gewerbevereinen verfügen und sie gezielt ansprechen können.“ Jetzt ist geplant, die Kontakte zu den Arbeitgebern mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen „konzeptionell zu verankern und zu vernetzen“.

Rechtskreisübergreifende Kooperation

An arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Integration von Flüchtlingen nutzt die Gemeinde zurzeit vor allem Arbeitsgelegenheiten (AGH). Einsatzfeld der gegenwärtig rund 50 über AGH geförderten Personen ist nicht etwa, was naheliegend wäre, der städtische Baubetriebshof. Vielmehr fungieren sie als Haushausmeister in den dezentralen Flüchtlingsunterkünften. Martin May-Neitemann begründet die Entscheidung so: „Das dient unserer eigenen Entlastung, vor allem aber dient es der Integration, weil die Geflüchteten jetzt zumindest zum Teil eigenverantwortlich für sich selbst sorgen müssen.“



Arbeitsgelegenheiten haben nach seiner Auffassung aber noch einen weiteren Vorteil: „Mit ihnen lassen sich Talente und Kompetenzen feststellen sowie Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit und Fleiß. Je mehr wir darüber wissen, umso offensiver können wir an potenzielle Arbeitgeber herantreten und auf unsere positive Erfahrungen mit den Flüchtlingen verweisen.“ Und noch einen Effekt haben Arbeitsgelegenheiten: „Wenn Flüchtlinge den Rathausplatz sauber halten, wird das auch von der Bevölkerung wahrgenommen. Das trägt zur Akzeptanz von Flüchtlingen und zum sozialen Frieden bei, denn der Unmut, der deutschlandweit in Teilen der Bevölkerung besteht, ist auch hier bei uns zu spüren.“

Grundsätzlich positiv bewertet Martin May-Neitemann die von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles als „Sprungbrett in den Arbeitsmarkt“ angekündigten 100.000 Arbeitsgelegenheiten nach dem neuen § 5a des Asylbewerberleistungsgesetzes, wonach die Kommunen Vorschläge an die BA leiten können, die dann über die Zuweisung entscheidet. Martin May-Neitemann befürchtet jedoch, dass diese Form der AGH nach dem gleichen Schema erfolgt wie die öffentlich geförderte Beschäftigung: „Vermutlich müssen die aufgelegten Projekte auch hier zusätzlich gemeinnützig sein. Zudem müssen die Flüchtlinge angeleitet und begleitet werden. Den meisten Kommunen dürfte das Personal dafür fehlen. Allein können sie die Aufgabe nicht schultern.“

Noch offen ist die Frage, wie die rechtskreisübergreifende Verbindung von AGH nach §5 oder 5a für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung nach einem Wechsel in SGB II gestaltet werden kann. Dazu führen die verantwortlichen bereits erste Ge-

spräche. Grundsätzlich bietet sich nach Meinung von Herbert Essmeier – ähnlich wie im Bereich der Jugendhilfe die Jugendberufshilfe – die Einrichtung eines runden Tisches an: „Nur über die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure lassen sich rechtskreisübergreifende Förderketten für Flüchtlinge schaffen.“ Die Voraussetzungen dafür sind eigentlich gut, denn hier gibt es ein gemeinsames Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters mit der Arbeitsagentur Ahlen/Münster. „Doch eine gelungene Kooperation setzt Transparenz voraus. Daran herrscht bislang Mangel.“

Kommunale Integration in Everswinkel

Intensive Integrationsbemühungen sind auch in Everswinkel zu verzeichnen, einer anderen Gemeinde im Kreis Warendorf mit mehr als 9.600 Einwohnern. Die Wirtschaft ist mittelständisch geprägt, es gibt viele Familienbetriebe. Bei einer Arbeitslosenquote im 5-Prozent-Bereich verteilt sich das Gewerbesteueraufkommen auf eine Vielzahl von Gewerbebetrieben, so dass Bürgermeister Sebastian Seidel „auch dann ruhig schlafen kann, wenn die Wirtschaft in einem Sektor mal ein bisschen durchhängt.“

Auch wenn die Lage am Arbeitsmarkt erfreulich ist – die rund 250 Everswinkel zugewiesenen Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und dem Irak, aus den Maghreb-Staaten, aus Afghanistan und dem Balkan als größte Gruppen sind für die Gemeinde eine Herausforderung.

Untergebracht sind die Flüchtlinge in größeren, noch aus den 1990er Jahren stammenden Unterkünften. Weil die nicht ausreichen, hat die Gemeinde weitere Gebäude hinzugekauft, „alle sehr ortskernnah

gelegenen, um kurze Wege zu kommunalen Einrichtungen und zu Versorgungseinrichtungen wie Apotheken und Supermärkten zu ermöglichen.“ Darüber hinaus hat die Gemeinde rund 35 Wohnungen angemietet. Bei nochmaligem Zuzug einer großen Zahl von Flüchtlingen steht der Gemeinde die örtliche Festhalle für eine Ersterbringung der Menschen zur Verfügung. Bisher konnte dies aber vermieden werden. Geplant ist der Bau eines neuen Flüchtlingsheims. Zudem plant die örtliche Pfarrgemeinde den Bau eines Mehrfamilienhauses, in dem Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht sein werden. Ziel ist es, dass die Flüchtlinge irgendwann selbst ein Mietverhältnis abschließen und die Gemeinde sich zurückziehen kann: „Wenn wir den einen oder anderen über den Integration Point in ein festes Arbeitsverhältnis vermitteln, können Vermieter direkt mit ihm und nicht mit der Gemeinde ein Mietverhältnis abschließen.“

Wichtigste Voraussetzung für die Aufnahme einer Arbeit oder den Beginn einer Qualifizierung ist Sprache. „Flüchtlinge müssen keinen Besinnungsaufsatz über Arbeitssicherheit schreiben können, aber sie müssen in der Lage sein, Sicherheitsanweisungen für Maschinen zu verstehen.“ Eine Arbeitsaufnahme scheitert leider oft noch an der Sprachbarriere. Neben den Integrationskursen bieten auch Ehrenamtler Unterstützung bei der Sprachvermittlung an, „sicher nicht auf so hohem Niveau wie ein professioneller Sprachkurs, aber so haben Flüchtlinge gleich eine Bezugsperson und eine Tagesstruktur, wenn in anderen Kursen kein Platz zur Verfügung steht.“ Fehlende Sprachkurse sind nach seiner Meinung eine entscheidende Hürde bei der Integration. Seine Schlussfolgerung: „Wir brauchen mehr Sprachkurse und



Sebastian Seidel, Bürgermeister
der Gemeinde Everswinkel

die dazu erforderlichen Mittel.“ Die müsse der Bund bereitstellen und das Land müsse Gelder auch an die Kommunen weiterleiten. So etwas könne nicht aus den kommunalen Haushalten gestemmt werden. „Wir brauchen vor allem dringend das vom Land versprochene Geld, 10.000 Euro pro Person, für Unterbringung und Integration.“

Ausbildung und Arbeit

Dabei sei zu unterscheiden, ob es um Integration in Arbeit oder um Integration in Ausbildung gehe: „Für die Arbeitsaufnahme reicht je nach Arbeitsplatz manchmal ein rudimentäres Sprachniveau. Wenn aber jemand eine Ausbildung anfangen will, braucht er ein ungleich höheres Sprachniveau, um in der Berufsschule dem Unterricht folgen oder die Abschlussprüfung bestehen zu können.“

Mit der Sprachvermittlung allein aber sei es nicht getan. Zur Arbeitsaufnahme müssten auch gewisse mathematische Kenntnisse und Fähigkeiten vorhanden sein: „Auch da muss nachqualifiziert werden, um die Flüchtlinge fit zu machen für einen Job.“

Zu meinen, in einem ländlich geprägten Raum wie Everswinkel seien in der Landwirtschaft einfache Jobs für Flüchtlinge zu finden, sei ein Irrtum. „Auch in der Landwirtschaft sind die Arbeitsplätze nicht so zahlreich und die Beschäftigten müssen in Milchvieh- oder Mastschweinebetrieben mit Maschinen oder Robotern umgehen, müssen den Tieren Medikamente verabreichen und das Futter exakt dosieren. Einfach sind die Jobs in der Landwirtschaft schon lange nicht mehr.“ Zudem sei es der falsche Ansatz, Flüchtlinge lediglich in Hilfsjobs unterzubringen: „Vielleicht gehen ja viele irgendwann auch wie-



der zurück in ihre Heimat und dann wäre es sinnvoll, wenn sie hier erworbenes Wissen mitnehmen könnten.“

Vorbildlich sei in seinen Augen neben den Aktivitäten der Kreishandwerkerschaft, dem Programm „early intervention“ der Arbeitsagentur und dem an der Universität angedockten Projekt „Die Brücke“, in dem Akademiker darauf vorbereitet werden, ihr Studium in Deutschland fortzusetzen, das Projekt „Welcome to WiN – Work in Nature“. Entwickelt und abgestimmt wurde es in Zusammenarbeit mit dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Nordrhein-Westfalen e. V. (VGL NRW), der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster und dem Jobcenter des Kreises Warendorf. Ein vom örtlichen Integration Point ausgegebener Bildungsgutschein berechtigt 20 Flüchtlinge zur freiwilligen Teilnahme an dem Programm. In den ersten elf Monaten absolvieren sie Deutsch- und Orientierungskurse sowie berufspraktische Lehrgänge und Praktika in Betrieben – acht Stunden täglich. Im berufspraktischen Teil erwerben sie Fähigkeiten für den Garten- und Landschaftsbau. Sie lernen die Werk-

zeuge, Maschinen und Materialien kennen und einzusetzen. Ein sechswöchiger Praxiskurs „Grünflächenpflege“ in der DEULA und ein sechswöchiges Praktikum in Ga-La-Bau-Betrieben runden die Qualifizierung ab. Danach sind sie für den Arbeitsmarkt bestens gerüstet: „Ihre Chancen stehen gut, denn der Garten- und Landschaftsbau boomt und die Betriebe suchen händeringend Nachwuchs.“

Kooperation mit dem Integration Point

Beim Integration Point gibt es drei Beteiligte: Die Agentur für Arbeit, die Kreisverwaltung mit Jobcenter und Ausländerbehörde und die Gemeinde mit dem Amt für Ordnung und Soziales, Schule, Kultur und Sport. „Wir ergänzen uns dabei perfekt. Denn im komplexen Arbeitsrecht und Asylrecht sind die Arbeitsagentur und die Kreisverwaltung gut aufgestellt. Wir vor Ort kennen die Menschen, denn wir sehen, was sie bewegt und bekommen von ihnen ein Feedback hinsichtlich des Erfolgs einer Maßnahme. Das ist Integration aus einem Guss, weil die Betroffenen

KONTAKTE

Stadt Beckum

Weststraße 46, 59269 Beckum

Herbert Essmeier, Tel.: 02521 29430

essmeier@beckum.de

Martin May-Neitemann, Tel.: 02521 29470

may-neitemann@beckum.de

Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel

Am Magnusplatz 30, 48351 Everswinkel

Sebastian Seidel, Tel.: 02582 88-201

seidel@everswinkel.de

ANSPRECHPARTNER IN DER G.I.B.**Dr. Frank Nitzsche**, Tel.: 02041 767-157

f.nitzsche@gib.nrw.de

AUTOR**Paul Pantel**, Tel.: 02324 239466

paul.pantel@arcor.de

nur eine Anlaufstelle haben und sich nicht durch unseren Behördenschwung kämpfen müssen.“ Mehr als 90 Gespräche wurden dort bislang mit Flüchtlingen geführt.

Gemeinsam haben die Akteure hier einen Fragebogen entwickelt. „Am Anfang kennen wir ja nur deren Geburtstag, den Geburtsort – und das war's schon. Wir aber wollen wissen: Was können sie bzw. was geben sie vor zu können? Unsere Aufgabe ist zudem nicht nur die Integration in Schule und Arbeitsmarkt, sondern auch die Integration in die Gesellschaft und deshalb steht der Mensch als Ganzes im Mittelpunkt. Also müssen wir auch mal fragen: Was interessiert die Menschen privat? Wer verfügt über ein künstlerisches Talent, wer treibt gerne Sport, und zwar welchen? Wer spielt ein Musikinstrument und mit welcher Art von Musik beschäftigt er sich?“

Vertreten ist die Gemeinde im Integration Point mit zwei Pensionären, die beide auf 450-Euro-Basis beschäftigt sind, „quasi als Aufwandsentschädigung“, denn der Arbeitsumfang ist viel größer. Einer von ihnen ist ehemaliger Berufswahlkoordinator und Konrektor der örtlichen Verbundschule, der andere ein ehemaliger Berufsvermittler, beide mit engen Kontakten zu den Betrieben. Sebastian Seidel: „Was sie leisten, ist mit Geld gar nicht aufzuwiegen.“

Soziale Integration

Eine wichtige Integrationsaufgabe übernimmt auch die örtliche Flüchtlingsinitiative. Rund 40 Personen sind hier aktiv. In etwa 100 Patenschaften helfen sie geflüchteten Familien oder Einzelpersonen, in Deutschland zurechtzukommen: „Sie zeigen ihnen den Ort, übersetzen ihnen Schreiben der Behörden, übernehmen Kurierfahrten

oder helfen ihnen beim Ausfüllen eines Antrags.“ Ein Engagement, das die Kommune gerne annimmt. Das Engagement von Ehren- und Hauptamtlern wissen auch die Flüchtlinge zu würdigen. „Alle Ehren- und Hauptamtler haben von den Flüchtlingen aus Syrien eine Einladung zu einem arabischen Mittagessen in die Festhalle erhalten, inklusive anschließendem Tanz.“ Auch die Kirchen schaffen mit ihren interkulturellen Treffen viele Möglichkeiten zur Begegnung der Menschen.“

Koordiniert wird die Arbeit der ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiative über das „Haus der Generationen“. Bei der Gemeinde angestellte Sozialpädagogen leiten das Haus, fungieren als „Bindeglied und Koordinator“ für die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer zu Verwaltung und Rathaus. „Die Sozialpädagogen anzusprechen ist für die Flüchtlinge eine deutlich geringere Hemmschwelle, als zum Amtsleiter ins Rathaus zu gehen.

Angeboten werden hier von Ehrenamtlichen neben Sprach- auch Fahrradkurse für Flüchtlinge. Jeder Flüchtling muss zunächst eine Fahrradprüfung absolvieren, bevor er eines der zahlreichen gespendeten Fahrräder ausgehändigt bekommt. Um ganz sicher zu gehen, schließt die Gemeinde für die Flüchtlinge Haftpflichtversicherungen ab. „Eigentlich müssten wir das aus unserem Gemeinde-Budget bezahlen, aber wir haben mit ihnen verabredet, dass wir die Versicherungsbeträge von ihren Leistungen kürzen dürfen.“ Das Risiko sei viel zu groß, wenn es zu Unfällen mit Personenschaden komme. Hier müsse der Gesetzgeber überlegen, ob er die Sozialleistungen nicht auf dieses Gebiet ausdehnt.

Weiterer wichtiger Integrationsfaktor in Everswinkel ist das intensive Vereinsleben

der Gemeinde. In einem der Sportvereine ist beispielsweise ein Flüchtling bereits als Co-Trainer im Volleyball aktiv. Ein anderer Flüchtling ist Stammspieler der Altherrenmannschaft und auch im Blasorchester erhält ein Flüchtling Saxophon-Unterricht. Im Feuerwehrhaus ist in eine freie Wohnung eine Flüchtlingsfamilie eingezogen, deren Sohn sich heute bei der Jugendfeuerwehr engagiert. „Hier in Everswinkel ist es nicht so anonym wie in der Großstadt. Es gibt bei uns „Doppelmandatsträger“, die sind gleich in mehreren Vereinen aktiv. Wer hier mitmacht, kann leicht auch seinem zukünftigen Arbeitgeber begegnen. Insofern erleichtert das Vereinsleben die Flüchtlingsintegration.“

Bei aller Zuversicht darf man eins nach Ansicht von Bürgermeister Sebastian Seidel nicht verleugnen und vernachlässigen: „Integration kann nur gelingen, wenn wir auch die innere Sicherheit im Fokus behalten. Wir machen das so: Unabhängig von den regulären Verfahren bei Straftaten, bekommen Flüchtlinge, die Probleme bereiten, einen Termin mit Sozialamtsleiter und Ortpolizisten bei mir im Büro, weil wir so etwas nicht tolerieren. Das geht so nur in einer kleinen Gemeinde. Insbesondere nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht ist unser Vorgehen für eine gelingende soziale Integration unverzichtbar.“

Für die zukünftige Gestaltung der Integration von Flüchtlingen ist ein runder Tisch geplant. Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen, der Kirchen, der Flüchtlingsinitiativen, der Vereine sollen hier intensiv miteinander kommunizieren – „bewusst losgelöst vom Gemeinderat, weil wir auch die Meinungen anderer einholen wollen, denn Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“